

164.1
W^o 135

164

WIENER RATHHAUS-KORRESPONDENZ
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Witten.
24. Jahrg. Wien, Donnerstag, 23. April 1914.

Zur Einführung von Streckenkarten. Der Straßenbahnaußenbau hat sich gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner mit der Frage der Einführung von Streckenkarten auf den Straßenbahnen befaßt. Auf Grund eines Berichtes des Direktors Spangler und nach eingehender Debatte, an der sich alle anwesenden Ausschußmitglieder beteiligten, gelangte der Straßenbahnausschuß zu dem Ergebnis, die Angelegenheit vorläufig zu vertagen, weil die Einführung des Automobilklimmbetriebes auf den Stellwegen nicht vorsteht und Erfahrungen über die Rückwirkung dieser Maßregel auf den Straßenbahnverkehr gewonnen werden müssen, bevor eine einschneidende Änderung des Straßenbahntarifes in Erwägung gezogen werden kann.

Gesellschaft der nichtprotokollierten Händler mit Bräuermeister. Am Sonntag, den 20. d.M. halb 10 Uhr vormittags findet im Sitzungssaal des alten Rathauses die Generalversammlung der Gesellschaft statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstehers, Rechnungslegung, Bericht der Revisoren und Antrag auf Eröffnung des Absolutariums, Vorlage des Jahresveranschlagung und Vertagung der Jahresanlage pro 1915, Geschäftliche Angelegenheiten, Wahl des Vorsteherstellvertreters, sowie von 7 Ausschüssen und 3 Kratzmännern.

Versammlung der Fleischhauergesellschaft. Mittwoch abends fand in der Volkshalle des Rathauses die Gesellschafterversammlung der Wiener Fleischhauergesellschaft statt, welche seitwirts einen stürzenden Verlauf nahm, aber dank der umsichtigen und objektiven Leitung des geschäftsführenden Vorsteher Stellvertreter Schödl im großen und ganzen stumm glatt verlief. Zur Tagesordnung gehörten die Herren Karl HSB (bedientet beim Fleischhauer Pribilla) und Franz Seefried (Firma Seefried) sowie der Kavalierin Karoline Ehrenbaum (Fleischhauermeister Grill), welche 30, 25 und 20 Jahre in einem und demselben Hause bedientet sind. Diplome und Ehrengeschenke überreicht. In den von Vorsteher Stellvertreter Schödl erstatteten Tätigkeitsbericht knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher sich insbesondere der frühere Vorsteher Hütter und der gewesene Vorsteher Stellvertreter Jedek beteiligten und während der Rede dieser beiden Herren kam es insbesondere zu tumultuösen Szenen. Nach dem Schlussworte des Referenten wurde der Vorsteher einstimmig als Absolutarium erteilt. Die Höhe der Umlagen wurde wie bisher mit 10 K pro Jahr festgesetzt. Zu Revisoren wurden die Herren Sabat, Schindler und Pförtner gewählt. Bei der Debatte über die Sonntagsergänzung wurde von Herrn Schödl hervorgehoben, daß er im Prinzip

für deren Einführung sei, daß jedoch ein Fleischhauergesetz erst dann sich anschließen könne, wenn für städtische Approvisionierungsgewerbe die Sonntagsergänzung gesetzlich festgelegt sein wird.

Vorsteher-Stellvertreter Schödl erstattete nun ein ausführliches Referat über die handelspolitischen Fragen und über seine Tätigkeit als Vertreter des Fleischhauergewerbes in der handelspolitischen Kommission. Die Hauptpunkte seiner Referate, führte er aus, waren Öffnung der Grenzen für die unbeschränkte Einfuhr von Lebendvieh und Aufhebung der Verzehrungsteuer. Ich habe dabei auch nachgewiesen, daß die Viehauftriebe in den letzten Jahren unauhaltbar zurückgegangen sind. Auch der Rindfleischkonsum ging abermals bedeutend zurück, was auf die tristen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Weiters habe ich auf Grund der amtlichen Statistiken nachgewiesen, daß die Steigerung der Fleischpreise weit hinter der Erhöhung der Viehpreise zurückgeblieben ist. Die Ungerechtigkeit der Verzehrungsteuer wurde anerkannt und die Aufhebung derselben einstimmig beantragt. Nebst der Öffnung der Grenzen für die unbeschränkte Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch mit gleichzeitiger Herabsetzung der Einfuhrzölle für Vieh und Fleisch sowie für Futtermittel zur Erhaltung und Züchtung von Vieh wurde auch ein Verbot der Schlachtung von unreifen und fruchtigen Tieren beschlossen. Die weiteren Forderungen waren: Bevollmächtigung der Regierung zur Erlaßung eines Vieh- und Fleischausfuhrverbotes in Zeiten der Viehnot, Hebung der Viehzucht im Inlande durch Schaffung und Erhaltung von Alpenweiden sowie durch Bewilligung aller möglichen Begünstigungen für die kleinsäuerlichen Züchter und Ausgestaltung der Großmarkthalle. Weiters wurde beschlossen: Schleunigste Beförderung der Vieh- und Fleischtransporte sowie Anschaffung von zweckentsprechenden Kühlwaggons und Herabsetzung der Frachttarife auf das kleinste Ausmaß. Betreffs der Schlachthäuser und Kühlanlagen wurden folgende Vorschläge erstattet: Die Errichtung von Schlachthäusern mit Bahnanschluss sowie mit Kühlanlagen im Interesse der besseren Verwertung der Schlachtviehbestände und der Approvisionierung von Stadt und Stadt durch Ueberlassung von Grund und Boden, Subventionen für den Bau und die Instandhaltung etc. zu fördern. Weiters seien bei Ausdehnung des Schlachthauswanges und der Errichtung neuer Schlachthäuser immer die Vertreter der beteiligten Gewerbegruppen den Beratungen und kommissionellen Verhandlungen betriebliehen Schlachthausgebühren sollen nur bis zu einer solchen Höhe eingefordert werden, daß durch dieselben jährlich die Kosten der Unterhaltung der Anlagen und des Betriebes gedeckt werden. Ebenso Erlaßung eines Reichs-Vieh- und Fleischbeschaugesetzes nach deutschem Muster. Möglichst baldige Errichtung der Kontumaxanlage nach Beuchelhof in St. Marx, damit bei unbeschränkter Zufuhr von Lebendvieh dasselbe in separaten, gleichartigen Waggons in die

Kontumaxanlage gebracht wird, welche die gegen die Einfuhr von Lebendvieh vorgebrachten veterinären Vorwände hinfällig zu machen. Hastige und dringende Vergrößerung und Ausgestaltung der Kühlräume im Schlachthause St. Marx, welche unabhängig von der mit der Erbauung einer Kontumaxanlage zusammenhängenden Reform und Vergrößerung des Zentralviehmarktes sofort einzuleiten ist. Vergrößerung des Schweine- und Kalbermarktes. Zur möglichsten Vermeidung eines verteuerten Weisenshandels am Halbermarkte ist in den Wintermonaten der Beginn dieses Marktes von 9 auf 10 Uhr vormittags zu verschieben. Das seit Jahrzehnten angestrebte Schiedsgericht am Zentralviehmarkt ist zu aktivieren. Alle diese Anträge wurden einstimmig der handelspolitischen Kommission alle einstimmig angenommen. Sie werden daraus ersehen haben, daß ich unaufgeklärten und berechtigten Forderungen in dieser für den Abschluß der neuen Handelsverträge höchst wichtigen Kommission voll und ganz vertreten habe. Die Wiener Fleischhauer können diese Aktion im Interesse des Gewerbes nur warmstens begrüßen und knüpfen daran die Hoffnung, daß die aufgestellten Forderungen auch im Interesse der Konsumenten zur Durchführung gelangen. Bei den Beratungen in der 5. Sektion wurde ich aufgefordert, auf die Fleischhauer einzuwirken, die Fleischpreise nach der teilweise Erhöhung der Viehpreise der ersten Wochen des Jahres herabzusetzen. Ich habe darauf erwidert, daß dies ohnehin geschehen ist und die Preise, mit Ausnahme der Gaststücke, ermäßigt wurden, speziell bei fettem Fleisch sind bedeutende Herabsetzungen eingetreten.

Ich habe auch darauf hingewiesen, daß die Nebenprodukte in der letzten Zeit einen bedeutenden Rückgang erfahren haben. Wenn man in Betracht zieht, daß weiters die Fleischpreise, den hohen Viehpreisen entsprechend, nicht erhöht worden sind, den bedeutenden Rückgang der Preise für die Nebenprodukte sowie die Herabsetzung der Preise für bestimmte Fleischsorten mit Ausnahme der Gaststücke und die von Tag zu Tag höher werdenden Betriebskosten, Steuern und Nebeneinnahmen mitkalkuliert, so ergibt sich, daß die Fleischhauer nach Möglichkeit den heutigen Viehpreisen Rechnung getragen haben, daher ein von irgend welcher Seite kommender Vorwurf ganz und gar ungerechtfertigt ist.

Im Interesse einer durchgreifenden Organisation des Fleischhauergewerbes erscheint es notwendig, daß sich Bezirksvereine bilden, welche nicht nur als freie Organisation namens ihrer Mitglieder mit Konsumentengruppen Unterhandlungen führen könnten, sondern sich auch den direkten Bezug von Fleisch, insoweit solches noch aus den Balkanstaaten geliefert wird, sichern könnten. Als dringend notwendige Ergänzung hierzu ist auch eine freie Meisterversammlung ins Leben zu rufen. Dieser Meisterversammlung wird nach Möglichkeit die Aufgabe obliegen, eventuelle Lohnverträge

bei Lohnverträgen unter Berufung der Gesellschaft durchzusetzen und Verträge für ihre Mitglieder abzuschließen. Wir müssen trachten, in Verein mit der konsumierenden Bevölkerung bei den neu abzuschließenden Handelsverträgen ein bedeutendes Gegengewicht gegen die mächtige Gruppe der Agrarier zu bilden.

Es ist Pflicht jedes Vertreters der städtischen Bevölkerung, für die Einfuhr von Lebendvieh, bei welcher nunmehr infolge Errichtung der Kontumaxanlage der Vorwand, wegen Seuchengefahr die Einfuhr zu verbieten, hinfällig wird, für die Verbesserung der Handelsverträge und Hebung der handelspolitischen Beziehungen zu den Balkanstaaten voll und ganz einzutreten.

Zum Schlusse sehe ich mich auch veranlaßt, die ungerechtfertigte Zurücksetzung unseres Gewerbes bei den Lieferungen für die ärarischen und sonstigen öffentlichen Institute zur Sprache zu bringen. Ohne Rücksicht darauf, daß das Fleischhauergewerbe zu den höchstbesteuerten Gewerben zählt wird es zugunsten von großkapitalistischen Unternehmungen zurückgesetzt. Nicht genug damit, daß die 1. Wiener Aktien-Großschlächterei vertragsgemäß 75 % der kommunalen Fleischlieferungen zugewiesen werden müssen, bekommen die Fleischhauer nicht einmal die rechtlichen 25 Prozent voll zur Lieferung, wenn unsere Offerte billiger sind als die der Großschlächtereien.

Bei den militärischen Lieferungen ist es ebenso und die Großschlächtereien wird trotz der höheren Offerte bevorzugt. Ich habe mit Kollegen hier bei mehreren Delegationsmitgliedern vorgesprochen und eine Eingabe überreicht, worin auch auf den einseitigen Delegationsbeschluss, wonach bei gleichen Offerten der Gewerbetreibende den Vorzug haben soll, besonders hingewiesen werden. Die Herren Abgeordneten geben die Versicherung, diese Angelegenheit in den Delegationsitzungen zur Sprache zu bringen.

Referent beantragt schließlich nachstehende Resolution: „Die heute tagende Gesellschafterversammlung der Gesellschafter der Fleischhauer in Wien begrüßt die seitens der handelspolitischen Kommission eingeleitete Aktion auf das wärmste, spricht vor allem den Anregern dieser Kommission, dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und dem Präsidenten der 1. Wiener Handels- und Gewerkekammer Ratter v. Schaller, sowie den Mitgliedern der Kommission namens des Fleischhauergewerbes den Dank aus und erwartet von der Regierung, daß sie den aufgestellten Forderungen, insbesondere der unbeschränkten Einfuhr von Lebendvieh und Aufhebung der Verzehrungsteuer, im Interesse der konsumierenden Bevölkerung und des schwer zu seiner Existenz kämpfenden Fleischhauergewerbes vollinhaltlich Rechnung trägt. Die Versammlung protestiert entschieden gegen jede Bevorzugung der 1. Wiener Aktien-Großschlächtereien und fordert, daß bei Vergebung der Fleischlieferungen für militärische und sonstige öffentliche Institute seitens der